



## Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 21.01.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1                      WIN LB

---

TOP 1.1                    - Aktueller Stand (mündlicher Bericht)

---

#### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung.

Er eröffnet die Sitzung des Wirtschaftsausschusses und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Nach einem intensiven Beginn des Einspar- und Konsolidierungsprozesses WIN LB und die externe Begleitung laufe nun die Partnerschaft mit Rödl & Partner wie beabsichtigt aus.

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** der Geschäftsstelle WIN LB und eines **Vertreters** von Rödl & Partner anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die gute Zusammenarbeit wird hervorgehoben. Konsolidierungsprojekte habe die Kanzlei in einigen Kommunen begleitet, und selten sei die Etablierung des Systems so gut gelaufen. Die nächsten Schritte des Prozesses innerhalb der Verwaltung werden dargestellt.

OBM **Dr. Knecht** erläutert, dass WIN LB zunächst auf 5 Jahre angesetzt gewesen sei, es werde aber eine Daueraufgabe bleiben. Es bestehe aus den zwei Säulen Verwaltungsmodernisierung und -konsolidierung. Die Verwaltung sei auch bei den Themen Personalreduzierung und Organisationsstruktur gefordert. Teil des Einsparprozesses sei zudem das Risikomanagement bei den Bauinvestitionen, das eine Verringerung der durchgeführten Maßnahmen nach sich ziehe. Er richtet seinen Appell an Bund und Land, dass bei den an die Kommunen übertragenen Aufgaben auch eine entsprechende Finanzierung eingeschlossen sein müsse. Er dankt dem Gemeinderat für die konstruktive Begleitung des WIN-LB-Prozesses und eröffnet die Aussprache.

Für Stadtrat **Prof. Vierling** ist es ein wichtiger und richtiger Prozess. Jetzt würden harte Entscheidungen anstehen. Bis jetzt seien eher Einzelentscheidungen gefallen, die Gesamtschau sei noch nicht klar ersichtlich. Die finanzielle Handlungsfähigkeit sei für die notwendigen Investitionen, etwa bei Klimaschutzmaßnahmen, erforderlich. Bei wichtigen Posten müsse die Stadt die Einnahmen steigern. Im Zuge der

---

Aufgabenkritik würden sich die Prioritäten verschieben, manches werde im Ehrenamt aufgefangen werden. Er signalisiert weiterhin Kooperationsbereitschaft der Grünen-Fraktion.

Stadtrat **Meyer** lobt die gute Arbeit bisher. Die Verwaltung weiß um die Bereiche, in denen Einsparpotentiale liegen. Es gelte nun, diese Bereiche zu identifizieren und in eine ehrliche Aufgabenkritik einzusteigen.

Die Bemühungen der Verwaltung seien gut und wichtig, so Stadtrat **Zeltwanger**. Viele Prozesse müssten abgespeckt werden und manche Aufgaben reduziert werden. Die Verwaltung könne die Chance nutzen und sich schlank machen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zufolge sei eine richtige Aufgabenreduzierung noch nicht angegangen worden. Um manches werde es eine politische Auseinandersetzung geben. Strukturelle Eingriffe werden nötig sein. Das Thema Personalreduzierung sei auch aus Gründen des Fachkräftemangels anzugehen. Die verstärkte Digitalisierung sei erfreulich und ebenso notwendig.

Es sei gut, dass mit dem Prozess begonnen worden sei, meint Stadträtin **Kuhnke**. Die eingeschlagene Modernisierung sei gut. Insgesamt werde es nur funktionieren, wenn man mit dem gleichen Engagement dranbleibe. Wichtig sei auch, die Mitarbeiter mitzunehmen. Die Frage sei, was mit den steigenden Kosten geschehe, die nicht von Bund und Land aufgefangen werden. Es werden auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen.

Laut Stadtrat **Dogan** seien diese Prozesse in vielen Unternehmen in der Vergangenheit schon durchgeführt worden. Die Philosophie des Projekts müsse verstanden werden, dann könne es gelingen.

Der **Mitarbeiter** von Rödl & Partner verweist auf die Prozessetablierung, die von Anfang an nachhaltig aufgesetzt worden sei.

OBM **Dr. Knecht** versichert, dass es mit Volldampf weitergehen werde. Ihm sei der Schulterschluss mit dem Gemeinderat wichtig.

---

**Abweichender Beschluss:**

- I. Der Wirtschaftsausschuss beschließt die Verstetigung der vorgestellten Maßnahmen im Zuge des WinLB-Prozesses zur Entbürokratisierung der Abwicklung von Traditionsfesten im Sinne der Verwaltungsmodernisierung.
- II. Der Wirtschaftsausschuss beschließt darüber hinaus die Regelungen zur Neuaufnahme sowie dem Wegfall von Traditionsfesten inkl. der aufgeführten Kriterien **dem Grundsatz nach**.
- III. Der Wirtschaftsausschuss beschließt die Neuaufnahme des Alt-Hohenecker-Frühlings als neues Traditionsfest für das wegfallende Hohenecker Weinbergfest **sowie der TSV-Sportwoche in Grünbühl-Sonnenberg**.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft den Unterpunkt Entbürokratisierung der Abwicklung von Traditionsfesten auf. Hier finde im Sinne von WIN LB eine Entbürokratisierung statt.

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Wesentliche Neuerung sei, dass die Stadt die Kosten für die Einhaltung der Richtlinien für Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) übernehme, was früher die Vereine bezahlen mussten. Außerdem werde pro Stadtteil ein Traditionsfest festgelegt, das mit weiterem Gebührenerlass durchgeführt werden könne.

Die Grünen-Fraktion unterstütze die Traditionsfeste, führt Stadträtin **Schittenhelm** aus. Sie fragt nach den Kosten, wenn die Technischen Dienste Ludwigsburg die RSA-Leistungen übernehmen würden, und nach der Verantwortlichkeit bzw. Versicherung. Die Aufnahme der Sportwoche Grünbühl in die Traditionsfeste unterstützt sie, auch wenn die Einteilung der Feste in den anderen Stadtteilen nicht immer nachvollziehbar sei.

Stadtrat **Herrmann** sieht die Änderungen als nächsten Schritt zur Entbürokratisierung für Vereine, was er lobend erwähnt. Die CDU-Fraktion habe dies immer gefordert und auch das Land habe zuletzt Vereinfachungen ermöglicht. Das Grünbühler Fest solle gerne in die Liste der Traditionsfeste aufgenommen werden. Aufgrund der Größe des Stadtteils dürfe es dort auch mehr als ein Traditionsfest geben. Insgesamt solle sich die Verwaltung nicht sklavisch an die Kriterien halten. Er regt an, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und die aufgeführten Kriterien „dem Grundsatz nach“ beschließen zu lassen. Die RSA ziehe die Frage nach der

Verantwortlichkeit nach sich. Es sollte ein Hauptverantwortlicher pro Fest benannt werden müssen, nicht viele Einzelverantwortliche. Straßenbarrieren sollten ausgeliehen werden können. Die Vereinfachungen seien ein erster Schritt und weitere Erleichterungen sollten folgen. Dazu gehöre auch eine zügige Bearbeitung von Anträgen durch die Verwaltung. Er regt an, Sammelgestattungen für Vereine zur prüfen.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht die Vereinfachungen als wichtiges Zeichen für die Menschen in der Stadt. Feste tragen zum Zusammenkommen der Menschen bei und seien wichtig in einer Gesellschaft. Die Schulungen seien sinnvoll, auch sollte die Stadt immer beratend zur Seite stehen. Die Klassifizierung der Traditionsfeste sei angemessen.

Die Stadtteilstefte seien gut für den Zusammenhalt, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Die Bürokratie habe zugenommen, daher sei die Entlastung unterstützenswert. Zuletzt seien nicht alle Zuschüsse ausgeschöpft worden. Der Aufnahme der Grünbühler Sportwoche als Traditionsfest stimme er zu.

Stadträtin **Kuhnke** unterstützt die Entbürokratisierung. Die Schulungen für Vereine seien gut. Die genannten Kriterien sollten offengehalten werden, um auch andere Feste ggf. aufzunehmen. Die Traditionen sollten aufrecht gehalten werden.

Das Ehrenamt im Verein solle gefördert werden, meint Stadtrat **Dogan**. Die Erleichterungen sollen möglichst allen Festveranstaltern zugutekommen. Die Festlegung auf ein Traditionsfest pro Stadtteil hält er für zu starr.

Die **Mitarbeiterin** des Referats führt aus, dass viele Erleichterungen Angebote an die Vereine sein sollen, die Schulungen würden dann auch eine Vernetzung der Vereine ermöglichen. Für die Aufnahme der Grünbühler Sportwoche zeigt sie sich offen. Sie sei auch für eine Veränderung bei der Anzahl der Traditionsfeste pro Stadtteil offen. Der Organisationsprozess im Veranstaltungs- und Gestattungsbereich laufe noch.

OBM **Dr. Knecht** erläutert, dass die Haftung durch die Vertretungskraft des Vereins ohnehin auf den Verein übertragen sei. Er schlägt die Erweiterung von Beschlussziffer II um die Worte „dem Grundsatz nach“ vor. Nach der Aussprache ergänze er die Aufnahme Grünbühls in Beschlussziffer III. Er stellt diesen abweichenden Beschlussvorschlag (s. oben kursiv eingefügt) zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal führt in die Thematik ein, aus der ein Werkstattbericht dem Gremium zugesagt worden sei. Es gehe im Wesentlichen um Projekte der Digitalisierung und Automatisierung.

Es erfolgt ein Bericht einer **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Sie zeigt dabei die behandelten Themen, Beispiele dafür und die verwendete Software auf.

In Zeiten der Einsparungen von WIN LB fragt Stadtrat **Prof. Vierling** nach der Effizienzrendite und nach etwaigen Stelleneinsparungen. Übergeordnet müsse das Ziel sein, dass die Verwaltung nach außen im Sinne einer Kundenorientierung funktioniere.

Stadtrat **Meyer** plädiert dafür, die Prozessanalyse schlank und pragmatisch zu halten. Er fragt, wer einen Prozess definiere und ab welchem Umfang dies passiere. Die Mitarbeiter sollten weiterhin gefördert werden, auch etwas auszuprobieren und aktiv zu handeln.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt, welche die wichtigsten Prozesse seien und regt eine Clusterung vor. Zwei Aspekte, nämlich die Qualitätssicherung und die Beschleunigung, seien wichtig. Zu klären sei, welche die vorrangigen Ziele seien.

Es seien viele Prozesse in einer Stadtverwaltung vorhanden, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**, interne und nach extern. Für einige sei vielleicht keine Software nötig, da ein Optimierungspotential nicht immer vorhanden sei. Nach Möglichkeit sollte KI einbezogen werden, wo dies sinnvoll sei. Dies auch aufgrund des Personalmangels. Trotzdem sollten Freiräume für Mitarbeiter behalten werden; Standardisierungen würden oft mehr Bürokratisierung nach sich ziehen. Im Bestreben besser zu werden, sei eine Fortführung der Prozessanalyse gut.

Stadträtin **Kuhnke** bezeichnet es als wichtiges Thema, sowohl nach intern als auch extern. Dabei sei ein gesunder Pragmatismus sinnvoll. Generell erlebe man gerade einen Wandel vom Arbeitnehmer- zum Arbeitgebermarkt. Für die Prozesse sei eine Kosten-Nutzen-Analyse häufig hilfreich.

Stadtrat **Dogan** fragt, ob durch das Tool auch Verschwendungsarten benannt werden können.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen und erklärt, dass die Aufträge, Prozesse zu analysieren aus den Fachbereichen und von den Dezernenten selbst kommen. Grundsätzliches in der Prozessoptimierung werde in den Lenkungsgruppen entschieden, als Beispiel nennt er das Beschwerdemanagement. Pragmatismus wolle die Verwaltung immer anwenden und dafür setze er sich ein.

TOP 2                      Optimierung Prozesse und Standards -  
Einblick in die "Werkstatt"  
- mündlicher Bericht

---

Der **Fachbereichsleiterin** zufolge gehe es immer um die Ergebnisse eines Prozesses. Kalkulationen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis würden erstellt und könnten nachgeliefert werden. Ein Ziel, was immer mitbedacht werde, sei die Reduzierung der Büroanzahl bzw. -fläche als Einsparmöglichkeit.

OBM **Dr. Knecht** ergänzt, dass die Auswirkung auf die Stellenzahl bei jeder Überlegung einbezogen werde. Er wiederholt, dass die Verwaltung weiterhin pragmatisch handle.

TOP 3                      Wie die Stadt Ludwigsburg die Öffentlichkeit                      Vorl.Nr. 271/24  
beteiligt  
(Vorberatung)

---

### **Beschlussempfehlung:**

Der Anlage 1 „Wie die Stadt Ludwigsburg die Öffentlichkeit beteiligt“ wird zugestimmt. Das Dokument dient in Zukunft als Grundlage für die Arbeit der Verwaltung, wenn es um die Beteiligung der Öffentlichkeit in Ludwigsburg geht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:    Stadtrat Haag

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Mit Einverständnis des **Gremiums** werden die Tagesordnungspunkte 3 und 4 im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die

Ausführungen zum Konzeptpapier, „wie die Stadt Ludwigsburg die Öffentlichkeit beteiligt“ und die Rückschau der Bürgerbeteiligungsformate der vergangenen Jahre fuße auch auf dem Antrag 410/21 der SPD-Fraktion. Ziel beim zu beschließenden Handlungsleitfaden sei eine knappe Präzisierung der Grundsätze der Ludwigsburger Bürgerbeteiligung. Bewusst habe man auf ein vielseitiges Regelwerk verzichtet.

Stadtrat **Prof. Vierling** lobt die gute Differenzierung der Intensität der Beteiligung, und der Unterscheidung von direkter und allgemeiner Betroffenenbeteiligung. Auch der Ministerpräsident führte kürzlich aus, dass es wichtig sei, „gehört zu werden“; dies bedeute allerdings nicht immer „erhört zu werden“. Die Rückmeldungen aus der Bürgerschaft sollten auch ankommen und als Ergebnisse und Einwirkungen so kommuniziert werden.

Der zweiseitige Leitfaden sei gut, so Stadtrat **Herrmann**. Die angewandte Beteiligungsform sei immer von der Art des Projekts abhängig und im Einzelfall zu entscheiden.

Eine angemessene Bürgerbeteiligung fördere das Verständnis, dies sei wichtig, meint Stadtrat **Peifer**. Er könne dem Leitfaden gerne zustimmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt für die Beantwortung des Antrags. Ersichtlich sei die Vielfalt an Formaten aus den vergangenen Jahren, wobei nur die Sachkosten aufgeführt seien. Wichtig sei immer der Output von Beteiligungsformen, nicht das Format an sich, denn durch Beteiligung würden Erwartungen geweckt. Insgesamt unterstreicht er die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung, sowohl der formalen als auch der nicht-formalen. Die aufgeführten Kriterien im Leitfaden seien gut formuliert, dies lasse erforderliche Freiräume.

Je schlanker der Leitfaden sei, umso besser, findet Stadträtin **Kuhnke**. Für die Teilnahme an einer Beteiligung sollte die Schwelle niedrig sein. Wichtig sei, dass daraus etwas resultiere, damit ein Mehrwert entstehe. Mitunter seien in der Vergangenheit mit hohem Kostenaufwand vergleichsweise wenig Menschen erreicht worden. Alle Zielgruppen sollten erreicht werden.

Beteiligung sei eine Wertschätzung für die Bürgerschaft, so Stadtrat **Dogan**.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen und stellt die Beschlussvorlage 271/24 zu Abstimmung. Der Antrag 410/21 der SPD-Fraktion ist mit dem Beschluss (Vorl.Nr. 271/24) und dem Bericht zur Vorlage 032/24 (s. Tagesordnungspunkt 4) lt. Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erledigt.

**Beratungsverlauf:**

Mit Einverständnis des **Gremiums** werden die Tagesordnungspunkte 3 und 4 im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 3.

**Beratungsverlauf:**

Siehe gesonderte Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg am 21.01.2025.